



Band 8. Die Besatzungszeit und die Entstehung zweier Staaten 1945-1961
OMGUS-Umfragen: Politische Einstellung (1945/46)

Diese Umfrage über politische Einstellungen wurde im Winter 1945/46 in der amerikanischen Zone durchgeführt; sie belegt u.a., dass eine deutliche Mehrheit der Befragten — vermutlich nach den negativen Erfahrungen der Weimarer Republik — eine Begrenzung der Zahl der Parteien auf drei oder vier wünschte. Etwa die Hälfte der Befragten hielt sich für ausreichend über politische Fragen informiert. Sechzig Prozent der Befragten waren der Meinung, dass manche Personengruppen aus der Politik ausgeschlossen werden sollten, hierunter fielen vor allem ehemalige NSDAP-Mitglieder oder Funktionäre. Unter den Befragten waren ehemalige NSDAP-Mitglieder diejenigen, bei denen eine zukünftige Wahlbeteiligung am unwahrscheinlichsten war.

Einige bei Untersuchungen jüngeren Datums getestete politische Einstellungen

Befragte: 364 bis 996 Bewohner der amerikanischen Zone.

Untersuchungszeitraum: 14 Befragungen zwischen dem 26. November 1945 und dem 15. März 1946 (9 Seiten).

Ein Drittel (33%) der im März 1946 befragten Personen zog die SPD anderen damals existierenden Parteien vor. Danach befragt, welche Partei sie im Falle einer Vereinigung von SPD und Kommunistischer Partei wählen würden, war ein Drittel der SPD-Anhänger bereit, die neue Partei zu unterstützen; nur 37 Prozent würden entweder zur CDU (19%) oder zur CSU (18%) wechseln; und weitere drei Prozent würden dann eine der kleineren rechten Parteien unterstützen.

Hinsichtlich des politischen Bewusstseins schwankte die Zahl jener, die der Meinung waren, die Deutschen hätten in den vergangenen Monaten besser gelernt, sich selbst zu regieren, zwischen 61 Prozent im Januar und 47 Prozent im März. Etwa die Hälfte hielt sich für ausreichend über politische Fragen informiert; und etwas über ein Drittel der Restlichen meinte, zwar nicht ausreichend informiert zu sein, sich aber darum bemühen zu würden. Nur 15 Prozent konnten einen herausragenden Deutschen nennen, der ihrer Meinung nach geeignet wäre, eine wichtige Position auf Länderebene zu übernehmen.

Hinsichtlich der politischen Teilhabe bekannten sich im März nur sieben Prozent zur Mitgliedschaft in einer politischen Partei, obwohl weitere 16 Prozent die Absicht äußerten, einer

solchen beitreten zu wollen. Etwa zwei Drittel (63%) wollten im März bis auf drei oder vier alle politischen Parteien ausschließen, und 11 Prozent würden nur eine einzige Partei zulassen. Eine solide Mehrheit zwischen 60 Prozent im November 1945 und 72 Prozent im März 1946 hielt politische Versammlungen für wünschenswert. Im März gaben 25 Prozent der Gesamtbevölkerung an, an einer solchen Versammlung teilgenommen zu haben. Drei von fünf Befragten (60%) meinten, manche Personengruppen sollten nicht zur Politik zugelassen werden, während ein Fünftel (20%) eine solche Diskriminierung ablehnte: Für fast alle, die sich für eine Diskriminierung aussprachen, waren ehemalige NSDAP-Mitglieder oder Funktionäre am wenigsten erwünscht. Mit der Größe der Bevölkerung einer Stadt stieg die Unterstützung der SPD und ging für die konservativen Parteien (CDU, CSU, LDP) zurück. Unter den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern unterstützte Anfang 1946 etwas über ein Viertel (28%) linke Parteien (SPD, KPD), fast doppelt so viele (52%) bevorzugten konservative Parteien.

Zu den Personen, deren Stimmabgabe bei den Anfang 1946 stattfindenden Wahlen am unwahrscheinlichsten war, gehörten Personen ohne Parteizugehörigkeit (54%), ehemalige Mitglieder der Naziartei (58%), Männer (36%) und Personen unter 30 (45%). Die meisten Wähler bei den Januar-Wahlen konnten für ihre Beteiligung einen Grund angeben. Eine Mehrheit machte nur vage formulierte Angaben, während eine nicht unerhebliche Minderheit angab, nur aus einem staatsbürgerlichen Pflichtgefühl heraus an den Wahlen teilgenommen zu haben (35%) oder einfach um wieder einmal eine Meinung zu äußern (4%). Zu den indirekt angesprochenen Gründen zählten Führungsprobleme (23%), Wiederaufbau (12%), Rivalitäten zwischen den Parteien (10%), gegen die Kommunistische Partei stimmen (5%) und politische Neuorientierung (7%).

Quelle: A. J. und R. L. Merritt, *Public Opinion in Occupied Germany, The OMGUS Surveys*. Urbana, IL, 1970, S. 71.

Übersetzung aus dem Englischen ins Deutsche: Erica Fisher